



Manuel Goldmann

Wir müssen reden!

Fragmentarische Überlegungen für eine dringend zu führende Auseinandersetzung um die Situation in Israel und Palästina

Das Inferno, für dessen Beginn – nach langem Wetterleuchten – der Siebte Oktober 2023 steht, lässt von den bisher etablierten Strategien zum Umgang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt nur einen Trümmerhaufen übrig.

„Keine Worte“ – „*eyn millim*“: Dieser Stoßseufzer verbreitete sich vor Ort schnell als Ausdruck der Fassungslosigkeit, die in der israelischen Gesellschaft seit dem Überfall herrscht: Das lähmende Entsetzen über eine Israel zuvor nicht widerfahrenen Orgie massenhafter, gezielter, sadistischer Gewalt auch und gerade gegen Zivilpersonen – die wiedererwachten jüdischen Traumata des Ausgeliefertseins, der Verfolgung und Vernichtung – die verzweifelte Sorge um die weiter in Geiselhaft der Hamas festgehaltenen Entführten – die tiefe Angst: Wo sind wir sicher, wenn fanatischer Hass unterschiedslos auch die auslöscht, die sich jahrzehntlang aus tiefer Überzeugung für Koexistenz, Brückenbau, Aussöhnung eingesetzt haben? –

„Keine Worte“ – das trifft auch die Situation der arabischen Minderheit in der israelischen Gesellschaft: Weil die Fassungslosigkeit über den Anschlag ja auch von ihnen geteilt wird (furchtbar genug für Viele, das immer wieder betonen zu müssen); aber auch, weil das Misstrauen, die Verdächtigungen, die Anfeindungen, denen sie – wegen ihrer persönlichen Verbindungen auch zu Menschen in Gaza – mehrheitlich ausgesetzt sind, sie zum Verstummen und zum Rückzug aus der öffentlichen Sichtbarkeit drängen.

Und in noch einem weiteren Sinn gibt es „keine Worte“ angesichts des Massenelends und der Verzweiflung der Zivilbevölkerung in Gaza, die durch die israelische Reaktion auf den Hamas-Überfall immer weiter in eine humanitäre Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes hineingerissen wird.

Auch fast zwei Jahre nach dem Oktober-Massaker ist ein Ausweg aus der Unheilsdynamik nicht absehbar, vielmehr zieht sie immer weitere Kreise – lokal, regional und global:

Da ist das geballte Hervorbrechen antisemitischer Grundhaltungen weltweit; als hätten sie lange, gut versteckt, auf einen Anlass und Vorwand zum Ausbruch gewartet: Nun werden jüdische Menschen unterschiedslos für die israelische Politik angefeindet, fürchten um ihr Leben, ihre Gesundheit, ihre Freiheit, als Jüdinnen und Juden Teil unserer Gesellschaft zu sein.

Da ist die Erfahrung von Muslimen, besonders mit arabischen und palästinensischen Wurzeln, die sich unter Generalverdacht gestellt finden: durch Menschen die meinen, pauschale Feindschaft gegen Juden abwehren

zu sollen durch ebenso pauschale Feindschaft gegen Muslime.

Da ist die im Schatten des Gaza-Krieges eskalierende, massenhafte Siedlergewalt in der Westbank gegen Einheimische: Ermordung, Misshandlung, Vertreibung palästinensischen Zivilisten, Verwüstung ihrer Siedlungen und Ländereien, oft geduldet oder gar unterstützt vom Militär.

Da sind die Angriffe aus dem und auf den Libanon: die toten Kinder, die verwaisten Eltern, die vertriebenen Zivilisten im Libanon und in Nordisrael – und eine Hisbollah, die zwar geschwächt ist, sich aber weiterhin weigert, das Gewaltmonopol des libanesischen Staates anzuerkennen.

Da ist der Krieg mit dem Iran, der auch in Israel bisher nicht gekannte Zerstörungen angerichtet hat: Teil einer Gewaltspirale aus Vernichtungsdrohungen und existenziellen Ängsten, Stellvertreterkriegen (Libanon, Gaza, Syrien, Jemen und Irak) und militärischen Präventivstrategien – ohne, dass der jüngste Waffenstillstand mit irgendeiner Perspektive für eine Wende verbunden wäre.

Bei aller Sprachlosigkeit und Schockstarre, die das politische Handeln überlagert: Eines Tages wird „the Day after“ zu gestalten sein.

Das künftig nötige, grundlegende Umsteuern vor Ort liegt politisch hauptsächlich in der Verantwortung der Regierung und der Gesellschaft Israels sowie der staatlichen Institutionen und der gesellschaftlichen Kräfte auf palästinensischer Seite, wie groß die interne Zerrissenheit beider auch sein mag.

Da jedoch neben den USA auch Europa und hier insbesondere Deutschland seit langem in die katastrophal gescheiterten Nahoststrategien involviert ist – sei es durch Wegsehen, durch Duldung, oder durch Unterstützung –, muss auch hierzulande die Auseinandersetzung um die Wahrnehmung der Situation und um die bisherige wie die künftige eigene Rolle mit großer Dringlichkeit geführt werden.

Solche Auseinandersetzung wird nur dann über bloße Selbstbehauptung und immer weitere Ideologisierung und Polarisierung hinausführen, wenn sie einhergeht mit der Bereitschaft, sich auf schmerzhafteste Prozesse des gemeinsamen Hinschauens, Aushaltens, Dazulernens und darum auch auf Selbstkorrekturen einzulassen.

In diesem Sinn versuchen die folgenden, thesenartigen Überlegungen, ergänzungs- und auch korrekturbedürftige Elemente einer Situationswahrnehmung zu formulieren, um zu der nötigen Auseinandersetzung hierzulande beizutragen.¹

(1) Das Massaker der Hamas und ihrer Mittäter vom 7. Oktober diente im Kern nicht der Abwehr israelischer Besatzungspolitik, der Zurückdrängung Israels in die Grenzen von 1967 oder dem Kampf für einen palästinensischen Staat an der Seite Israels; vielmehr war es Teil des lange propagierten Bemühens, den Staat Israel auszulöschen und einen islamistischen Gottesstaat im ganzen Land zu errichten.

(2) Die Hamas vertritt ausweislich ihrer Charta sowie ihrer aktuellen politischen Erklärungen und Kampagnen einen eliminatorischen Antisemitismus; das gilt auch für diejenigen Abteilungen dieser Organisation, die nicht unmittelbar zu ihrem militärischen Arm gehören. Mit Trägern einer solchen Ideologie kann es im Rahmen internationalen Rechts keine tragfähige Verständigung geben.

(3) Die Hamas propagiert sich als die wahre und eigentliche Interessenvertretung des palästinensischen Volkes; alle intensive soziale Aktivität, die sie auch betreibt und der sie einen Großteil ihrer Popularität verdankt, sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hamas mit ihrer Gewaltpolitik im Innern und nach außen das palästinensische Volk in Wahrheit an einen über Leichen gehenden Fundamentalismus verrät.

(4) Wer die Verbrechen der Hamas pauschal „den Palästinensern“ zurechnet, handelt nicht nur im Sinn dieser Terrororganisation, sondern fällt auch den friedens- und koexistenzwilligen Kräften im palästinensischen Volk in den Rücken, die es weiterhin in beachtlichem Umfang gibt.

(5) Allerdings treibt die Perspektivlosigkeit des politischen Prozesses zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde sowie die Erfahrung permanenter Fremdbestimmung und Entwürdigung, zunehmender Verelendung und existenzbedrohender Gewalt im Kontext der Besatzungssituation innerhalb der palästinensischen Zivilbevölkerung Scharen von Unterstützern in die Arme der Hamas.

(6) Zudem gehörte es über lange Zeit erklärmaßen zur Strategie Netanjahus und seiner Verbündeten, die radikale Hamas gegen die gemäßigte PA auszuspielen, um die Blockade des ‚Friedensprozesses‘ fortzuführen, eine Zwei-Staaten-Lösung zu verhindern und mit einer aggressiven Besatzungspolitik immer größere Teile der Westbank völkerrechtswidrig mit Beschlag zu belegen.

(7) „*Eretz Jisrael - from the River to the Sea*“: Dieser in rechtsnationalen Kreisen Israels verbreitete Slogan nimmt ein biblisches Motiv auf, das eine maximalistische Version der Landverheißung beinhaltet (Dtn 11,24 u.a.), und instrumentalisiert es in fundamentalistischer Weise für den politischen Diskurs (wobei „the River“ im biblischen Original den Euphrat, im Siedlerdiskurs jedoch – bisher und vorwiegend – den Jordan bezeichnet).

(8) Lange schon werden in der israelischen Gesellschaft (weit über die Siedler-Community hinaus) die von Israel besetzten Gebiete der Westbank mit den biblischen Bezeichnungen „Judäa und Samaria“ benannt, um einen geschichtlich tief verwurzelten jüdischen Anspruch auf das ganze Land zu signalisieren; immer ver-

breiteter sind dementsprechend israelische Landkarten, auf denen die politische Grenzlinie von 1967 unsichtbar ist.

(9) Spiegelbildlich dazu sind in den palästinensischen Gebieten (wie auch der weiteren arabischen Welt) die Landkarten seit langem i.d.R. so gestaltet, dass das gesamte Land zwischen Jordan und Mittelmeer als palästinensisches Hoheitsgebiet erscheint. Expliziten Ausdruck erhält dieser Anspruch durch den verbreiteten, auch als Entgegnung auf die genannte Siedlerphrase dienenden Slogan: „From the River to the Sea Palestine will be free“.

(10) Ob die hier implizierte Bestreitung des Existenzrechtes Israels v.a. propagandistisch-rhetorischer Natur ist (im Sinne einer Maximalforderung vor dem Eintritt in Verhandlungen um Kompromisslösungen), oder ob sie zum ideologischen harten Kern gehört (womit jedes auf Ausgleich zielende Gespräch im Ansatz sinnlos wäre), kann je nach Akteur:innen sehr unterschiedlich sein.

(11) Dass die Parole für israelische Ohren in jedem Fall bedrohlich klingen muss, zum Teil auch tiefsitzende, kollektive Vernichtungsängste wachruft, liegt nahe.

(12) Wahr ist zugleich, dass die entgegengesetzte Formel, vertreten vom nationalreligiösen Lager in Israel, für Menschen in den palästinensischen Gebieten nicht nur bedrohlich *klingt*, sondern dass diese Bedrohung für sie zunehmend durch die täglich geschaffenen, gewaltsamen Fakten erdrückend real zu erleben ist.²

(13) Für die Frage nach den Grenzen legitimer Kritik an israelischer Politik wird oft der von Nathan Sharansky 2004 ins Spiel gebrachte sogenannte „3-D-Test“ angeführt: Wo Doppelstandards, Delegitimierung oder Dämonisierung im Spiel sind, verliert die Kritik demzufolge ihre Legitimität.

(14) Dieser Grundgedanke trägt eine hilfreiche Klärung bei; wirklich konsequent umgesetzt wäre er freilich erst, wenn er auch die Gegenprobe einschliesse, also: auf israelische Kritik an der palästinensischen Seite bezogen würde. Denn die Dämonisierung „der“ Palästinenser als „Terroristen“, die Delegitimierung ihres Rechts auf einen eigenen Staat, die Doppelstandards in der Bewertung ihrer Taten sind seit langem ein Problem.

(15) Ein Beispiel: Der Stellungnahme des UN-Generalsekretärs vom 24.10.2023, in der er das Hamas-Massaker schärfstens verurteilte, die bedingungslose und sofortige Freilassung der Geiseln forderte – und zugleich die erdrückende Besatzungspolitik als Kontext des Massakers benannte, stieß israelischerseits auf wütende Reaktionen, die sich in dem Vorwurf trafen, solche Kontextualisierung laufe auf eine Relativierung der Hamas-Verbrechen hinaus. Umgekehrt rechtfertigt freilich Israel seine Bombardierung und Verwüstung des Gaza-Streifens, die Zehntausende ziviler Opfer und Hunderttausende Verletzter, Vertriebener und Hungernder zur Folge hat, seinerseits mit einer eigenen „Kontextualisierung“, indem es aus dem Massaker vom 7. Oktober die Notwendigkeit der Vernichtung der Hamas um jeden Preis ableitet und die humanitäre Katastrophe der



Zivilbevölkerung als Teil dieses Preises rechtfertigt und relativiert.

(16) In der deutschen und internationalen Diskussion wird zu Recht oft als selbstverständlich beteuert, Kritik an der Regierungspolitik Israels sei legitim, solange sie nicht das Existenzrecht Israels antaste.

(17) Allerdings geht das offizielle Eintreten für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels (gar noch als Teil deutscher „Staatsräson“) faktisch bis in die allerjüngste Vergangenheit fast immer Hand in Hand mit einer – offenen oder stillschweigenden – Solidarisierung mit den Eckdaten israelischer Politik; sehr häufig werden dabei faktisch die Rechtsbrüche ignoriert oder gar toleriert, die v.a. mit der Besatzungspolitik seit mehr als fünf Jahrzehnten strukturell verbunden sind.³

(18) Alle israelischen Regierungen seit dem Sechstage-Krieg haben diese Besatzungspolitik und, in ihrem Rahmen, insbesondere den strategischen Siedlungsbau faktisch mitgetragen – wenn auch mit sehr unterschiedlicher ideologischer Wucht und Konsequenz.

(19) Die Eroberung Ostjerusalems, der Westbank, des Golans und des Gaza-Streifens im Juni 1967 bedeutet aus israelischer Sicht zunächst auch einen existenziellen Sicherheitsgewinn; denn sie verschaffte dem jüdischen Staat, dem seit seiner Gründung 1948 von allen seinen Anrainern wiederholt mit Vernichtung gedroht worden war, militärisch wichtige Positionen für die Selbstverteidigung – und zugleich ein Faustpfand für künftige Verhandlungen mit den Nachbarn.

(20) Als die Staaten der Arabischen Liga auf das Ergebnis des Krieges mit maximalistischen Forderungen reagierten und (in den „Drei Neins von Khartum“ im September 1967) kategorisch jede Anerkennung Israels und damit auch jedes Gespräch mit dem jüdischen Staat ausschlossen, waren Verhandlungen über ein Ende der Besatzung auf unabsehbare Zeit blockiert.

(21) Die damit fortbestehende Besatzungssituation legte die Saat für immer neue Gewalt und Gegengewalt, wobei der auf Terror setzende Kampf der PLO und verwandter Organisationen einerseits und die Maßnahmen der Militärverwaltung und der israelischen Regierung andererseits bei der beiderseitigen Verwurzelung von Angst, Misstrauen, Hass und Gewaltbereitschaft über Jahrzehnte nachhaltig zusammenwirkten.

(22) In diesem Klima gedieh auf israelischer Seite die religiöse Ideologie, die die jüdische Besiedlung des ganzen „Landes Israel“ zu einem nicht verhandelbaren Wert, teils sogar zur Wegbereitung für die messianische Erlösung deklarierte – ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse, Völkerrecht oder Menschenwürde der einheimischen Bevölkerung.

(23) Waren solche Stimmen zunächst eher einer extremistischen Splittergruppe zuzurechnen, so sind Vertreter dieser Ideologie inzwischen in der israelischen Regierung massiv präsent und prägen deren Agenda maßgeblich mit.

(24) Wenn in dieser Situation von offizieller deutscher Seite vorbehaltlos die Solidarität mit Israel beschworen wird, besteht die deutlich greifbare Gefahr,

dass damit zugleich die völkerrechtswidrige und neuerdings noch dramatisch eskalierende Besatzungssituation in Kauf genommen, geduldet, oder gar gestützt wird.

(25) Palästinenser:innen (vor Ort wie auch hierzulande), die für Koexistenz eintreten, aber ihre persönliche und kollektive Leidensgeschichte mit der Besatzung nicht verleugnen können, finden sich begreiflicherweise in der pauschalen bundesdeutschen Solidaritätsrhetorik nicht mehr wieder; ja, sie müssen sie so empfinden, als würde die palästinensische Leidensgeschichte dem besonderen deutschen Verhältnis zum Staat Israel zuliebe fortgesetzt ignoriert, verharmlost und verleugnet.

(26) Zugespitzt gesagt bedeutet das: Solange zur *israelischen* Staatsräson de facto die systematische Unterdrückung, Entrechtung und zunehmend auch die versuchte Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung gehört, kann und darf die Sicherheit Israels *nicht*, wie oft beschworen, vorbehaltlos als „Teil deutscher Staatsräson“ gelten.

(27) Eine Bundesregierung, die anderes verlautbart, verstößt damit gegen den Fundamentalartikel des deutschen Grundgesetzes (Art 1,1). Ihr ist im Namen der universellen Menschenwürde entschieden zu widersprechen.

(28) Das gilt auch und gerade für diejenigen, die sich als Freund:innen Israels sehen und denen erstlich an einer lebenswerten Zukunft für diesen Staat und seine Menschen inmitten seiner Nachbarstaaten liegt.

(29) Die Polarisierung der gesellschaftlichen Debatte hierum hat ein alarmierendes Ausmaß erreicht. Denn sie stellt eine Grundlage demokratischen Miteinanders in Frage: den offenen Diskurs, den engagierten Streit der Meinungen, die Freiheit und Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit gegnerischen Positionen unter Verzicht auf Androhung oder Ausübung von Gewalt.

(30) Ohnehin ist die gesellschaftliche Lage hierzulande von vielen, existenziellen Streitthemen zerklüftet. Diese überfordernde Situation heizt das Bedürfnis nach einfachen Einordnungen (auch durch schlichte Verweigerung/Abwehr) an – mit der Folge extrem zunehmender Polarisierung, die nun auch noch durch den Nahostkonflikt neue Nahrung bekommt.

(31) In Deutschland wird dabei die Kluft immer tiefer zwischen den offiziellen, zumeist die Solidarität mit Israel bekräftigenden Verlautbarungen staatlicher Repräsentant:innen einerseits und großen Teilen der Bevölkerung andererseits, in der Menschen sich angesichts des Leidens der Palästinenser:innen mit diesen solidarisieren, während sie sich von der offiziellen Linie der eigenen staatlichen Instanzen immer weniger vertreten fühlen. Hier tickt eine Zeitbombe demokratischer Entfremdung.

(32) Diese Entfremdung spiegelt sich in der gegenwärtigen Antisemitismuskonversation wieder: Zum einen ist die auf jahrhundertelanger religiös-kultureller Judenfeindschaft aufbauende Ideologie des Antisemitismus offenkundig weiter in erschütterndem Ausmaß gesellschaftlich präsent und wirksam – ob unbewusst (in der unreflektierten Übernahme antisemitischer Stereotype),

ob taktisch verhüllt (etwa in der vermeintlichen Neuausrichtung der Stereotype auf „den“ Zionismus, statt auf „das“ Judentum) oder auch ganz offen und programmatisch (in expliziter, das Judentum dämonisierender Propaganda).

(33) Zum anderen wird – oft aus einem verständlichen, aber viel zu kurz greifenden Abwehrimpuls heraus – der Antisemitismus-Vorwurf seit langem derart schnell erhoben und derart pauschal eingesetzt, dass er zur stumpfen Waffe und bisweilen sogar zum Bumerang wird.

(34) Ein Beispiel hierfür ist der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 17.5.2019, der die sehr heterogene BDS-Bewegung (für „Boykott, Deinvestitionen, Sanktionen“) in ihrer Gesamtheit pauschal mit dem Antisemitismusvorwurf belegt und entsprechend sanktioniert – wobei die politisch tendenziöse und auch innerjüdisch mittlerweile sehr umstrittene Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Association der Argumentation zugrundegelegt wird.⁴

(35) Nicht einmal die *Frage*, welche gewaltfreien Mittel der Bevölkerung eines besetzten Landes im Kampf für ihre Menschenrechte und Selbstbestimmung überhaupt noch verbleiben, wenn der Boykottgedanke, bezogen auf Israel, per se antisemitisch sein soll, scheint sich für den Bundestag zu stellen. Damit forciert der Beschluss von Staats wegen eine Vereinseitigung des offiziell zu sagen Erlaubten und erweist dem Bemühen um robuste Rechtsstaatlichkeit, die auch kontroversen Diskurs um gesellschaftliche Mitverantwortung zulassen muss, einen Bären dienst.

(36) Wenn aber das vielgestaltige Problem des gesellschaftlich virulenten Antisemitismus mit den Mitteln bloßer political correctness angegangen werden soll, verlagert sich der nötige Kampf gegen die antisemitischen Prägungen unserer Kultur an eine Oberfläche, wo er kaum noch über polemische Zuschreibungen einerseits und die Beteuerung, gegen antisemitische Haltungen zu sein, andererseits, hinausgelangt.

(37) Das aber lenkt gefährlich davon ab, dass ein in die Tiefe gehender, gesamtgesellschaftlicher Bildungsprozess nötig ist, damit ein Bewusstsein für die ideologische Struktur und den Projektionscharakter antisemitischer Stereotype wächst und Räume für Begegnung, geteilte Lebensvollzüge und differenzierte Auseinandersetzung entstehen.

(38) Nur auf dieser Basis kann dem tiefverwurzelten Erbe des Antisemitismus wirksam begegnet werden – auch und gerade beim Konfliktthema Israel und Palästina.

(39) Aus all dem folgt: „Wir müssen reden!“ Es gilt, Foren zu schaffen und geschützte Räume zu gestalten für Gespräche, in denen die kontroverse und zugleich lernbereite Auseinandersetzung um dieses Thema eingeübt und praktiziert wird. Wegen der extremen emotionalen Dynamik sind dabei klar definierte Spielregeln noch wichtiger als bei anderen gesellschaftlichen Kontroversthemem.

(40) Bisweilen wird sich auch die Möglichkeit bieten, etwa im Rahmen von Partnerschaftsprojekten gemischte palästinensisch-israelische Gruppen nach Deutschland einzuladen, um hier in einem gastlichen, geschützten Rahmen Türen zu öffnen für neue Begegnungen und Erfahrungen miteinander.

(41) Elementar bleibt bei allem Bemühen um Gespräche hierzulande die zu Demut führende Anerkennung: Jede Diskussion, die sich auf der Ebene von Analysen, Konzepten, Strategien etc. bewegt, ist in Gefahr, die Wirklichkeit des Nahostkonflikts zu verfehlen: Denn die Ängste, die Wut, die Traumata, das Misstrauen zwischen Israelis und Palästinensern, die diese Wirklichkeit prägen, sind durch alles „Reden darüber“ (noch dazu aus sicherer Ferne) nicht angemessen zu erfassen.

(42) Ob es einen Weg in eine versöhnte Zukunft gibt, entscheidet sich an Menschen, die die hier wartende Mühe auf sich nehmen: um Schritte der Aussöhnung, um Zuhören und Teilen der persönlichen Perspektiven, um gemeinsames Trauern und Gedenken, um Bereitschaft zu Schuldenerkenntnis und Umkehr. All dies kann nur von den Betroffenen vor Ort geleistet werden.

(43) Kein noch so schlüssiges politisches Konzept wird diese Arbeit ersetzen oder auch nur in Gang setzen können. Das allein ist schon Grund genug, die nötigen Diskussionen hierzulande in dem Bewusstsein zu führen, wie begrenzt die Tragweite der eigenen Positionierungen aus der Ferne auch im glücklichsten Fall nur sein kann.

(44) In diesem Bewusstsein geführt, werden solche Gespräche freilich umso wichtiger.

(45) Die Vorkenntnisse aller Beteiligten werden dabei ebenso unterschiedlich sein wie ihre Positionierungen und die jeweiligen Gewichtungen der Fakten. Wenn es in dieser Situation dennoch eine tragfähige Basis für Gesprächsversuche geben soll, dann besteht sie in einer Grundhaltung, die Ernst macht mit der Einsicht: Aufrichtig „pro-israelische“ und aufrichtig „pro-palästinensische“ Sichtweisen können – so scharf sie in Vielem einander entgegenstehen mögen – letzten Endes nur als komplementär zueinander begriffen werden, jedenfalls nicht als ausschließende Alternativen.

(46) Denn unter dem Vorzeichen der universellen Menschenwürde kann für das Lebensrecht, die Sicherheit, die Freiheit und das Glück der Menschen auf der einen Seite des Konflikts ja nur ernstlich und nachhaltig eintreten, wer es zugleich auch für die der anderen Seite tut.

(47) Um dieser Grundorientierung praktischen Ausdruck zu geben, könnten die hier anvisierten Gesprächsforen mit dem Sammeln von Spenden für eines der gemeinsamen, palästinensisch-israelischen Dialog-, Versöhnungs- und Menschenrechtsprojekte verbunden werden – beispielsweise „Standing Together“, „Wahat as-Salaam“, „Jad leJad“ oder eins der vielen anderen.

(48) An der Schule „Talitha Kumi“ in Beit Jala, einem Nachbarort Bethlehems, gab es in den 1990er Jahren eine Gruppe palästinensisch-christlicher Pfadfinder:innen namens „Scouts for Peace“. In unterschiedlichen Kons-



tellationen engagierten sie sich in der Begegnungsarbeit mit israelisch-jüdischen Jugendlichen. Die T-Shirts dieser Scouts for Peace zeigten vorne (hervorwachsend aus dem Liliensymbol der Pfadfinder) eine palästinensische und eine israelische Flagge, auf gleicher Höhe miteinander verschränkt, darunter die Pfadfinder-Devise: „Be prepared!“

(49) So schwer es vorstellbar sein mag, wie nach allen Trümmern und allen Strömen von Blut und Tränen seither eine Anknüpfung an eine derartige Orientierung gelingen soll – es gibt auch gegenwärtig eindrucksvolle Beispiele von Einzelnen wie von Gruppen hierfür.

(50) Noch schwerer vorstellbar, ja ethisch und politisch ganz unmöglich dürfte immerhin sein, dass es *ohne* die in diesem Emblem ausgedrückte Suchrichtung einen lebenswerten Weg zur Heilung und zum Frieden in Gerechtigkeit für die Menschen in Israel und Palästina geben wird.

(Endnotes)

- 1 Zum Kontext der Thesen: Verfasst habe ich sie als ein aus Deutschland stammender, evangelischer Pfarrer (Jg. 1961), der theologisch wie persönlich prägende Jahre in Jerusalem verbracht hat und durch Freundschaften wie durch familiäre Beziehungen persönlich eng mit Menschen auf israelischer wie auf palästinensischer Seite verbunden ist. - Nicht erst seit dem 7.10.2023, aber in der gegenwärtigen Gewalteskalation ganz besonders treibt mich die tiefe Sorge um den Weg des Staates Israel und das Miteinander der Menschen im Land um; verschärft wird sie durch die polarisierte gesellschaftliche Debatte hiezulande mit ihrer massiven Zunahme antisemitischer Worte und Handlungen, einer oft einseitigen, offiziellen Solidaritätsrhetorik und der wachsenden Verdrängung politischer Auseinandersetzung durch pauschale, exklusive Positionierungen, die nur noch unter Gleichgesinnten eine Verständigung zulässt.
- 2 Die Richtlinien der israelischen Regierungskoalition vom Dezember 2022 proklamieren gleich zu Beginn „das exklusive Recht des jüdischen Volkes auf das ganze Land Israel“; und in der Regierungsvereinbarung zwischen der Netanjahus Likud-Partei und Smotrichs Partei „Der religiöse Zionismus“ heißt es: „Das Volk Israel hat ein natürliches Recht auf das Land Israel ... Der Premierminister wird eine Politik gestalten und fördern, in deren Rahmen die Souveränität über Judäa und Samaria errichtet wird [...]“ (zit. n. Michael Sfard, *Occupied from Within*, Israel 2025, S. 82; Übers. M.G.)

- 3 Angemerkt sei, dass der Begriff „Staatsraison“ seine wirkungsgeschichtlich prägende Profilierung ausgerechnet Nicolò Macchiavelli verdankt. In dessen Schrift „Il Principe“ (1513) ist es die Staatsraison, die den (absolutistischen) Herrscher legitimiert, sich im Interesse seines Machterhalts und seiner Machtausübung über geltende Rechtsnormen hinwegzusetzen. – Wenn vor diesem Hintergrund seitens der offiziellen deutschen Politik (längst parteiübergreifend) Israels Sicherheit zur deutschen Staatsräson erklärt wird, stellt sich daher die Frage: Werden die begriffsgeschichtlichen Konnotationen hier einfach ignoriert? Oder werden sie bewusst in Kauf genommen – mit der impliziten Konsequenz, dass das bundesrepublikanische Eintreten für Israel im Extremfall auch ohne Rücksicht auf internationale Rechtsnormen geschehen dürfe, ja müsse?! – Die immanente Spannung zwischen dem vor-, ja antidemokratischen Begriff der Staatsräson einerseits und dem rechtsstaatlichen Anspruch derer, die ihn zur Bekräftigung ihres Eintretens für Israel anführen, andererseits, gibt jedenfalls zu denken. (Siehe zum Grundsätzlichen: M. Mendel, *Über Israel Reden*, Köln 2023, S. 35-40.)
- 4 Sie lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“ (<https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>) Einerseits fasst diese Definition den „Antisemitismus“ so weit, dass wesentliche Konturen, die auch für seine Bekämpfung wichtig sind, verblassen; andererseits sind die mit dieser Definition zusammen veröffentlichten Deutungshilfen (a.a.O.) stark von einer Fokussierung auf den Nahost-Konflikt geprägt, so dass israelkritische Äußerungen jeder Art leicht unter Antisemitismusverdacht geraten können. – In diesem Sinne setzt sich auch die im März 2021 veröffentlichte „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ (JDA), unterzeichnet von mittlerweile 370 namhaften, internationalen Akademiker:innen, kritisch mit der IHRA-Definition auseinander und formuliert selber: „Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).“ (Original unter: <https://www.jerusalemdeclaration.org>) – In seiner Resolution vom 7.11.2024 „Nie wieder ist jetzt – jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“ bekräftigt der Bundestag die Festlegung auf die IHRA-Definition zum Antisemitismus und ignoriert die durch die JDA veränderte, internationale Debattenlage völlig.

Dr. Manuel Goldmann, Jg. 1961, arbeitet zur Zeit als Gemeindepfarrer in der Ev. Kirche im Rheinland. Er ist Absolvent des Studienprogramms „Studium in Israel“. In unterschiedlichen kirchlichen Kontexten setzt er sich seit langem für eine lernbereite christliche Begegnung mit jüdischer Wirklichkeit in ihrer Vielgestaltigkeit ein.

Redaktionsschluss 5.9.2025

Ausstellungen und Projekte

auch zum analogen und digitalen Einsatz in Kleingruppen

ImDialog. Evangelischer Arbeitskreis

für das christlich-jüdische Gespräch in Hessen und Nassau

www.ausstellungen.imdialog.org

